

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Juni 2016

# hauptstadt magazin



Bürgerämter  
können  
aufatmen!



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





Friedhelm Windmüller

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

nicht zufällig ist die Situation in den Bürgerämtern Titelthema dieser Ausgabe des hauptstadt magazins. Auf deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist über Jahre hinweg der geballte Ärger der Bürger über unzumutbare Wartezeiten niedergeprasselt, der eigentlich hätte die Sparpolitiker treffen müssen. Scheinlösungen, wie die Online-terminvergabe, ließen die Situation allenfalls weiter eskalieren, denn die Wartezeiten wurden damit lediglich verlagert. Endlich Licht am Ende des Tunnels sieht jetzt aber die Bezirksstadträtin für Bürgerdienste, Weiterbildung, Kultur, Hochbau und Immobilien in Charlottenburg-Wilmersdorf, Dagmar König.

Voran geht es auch mit dem E-Government in Berlin. Zumindest hat das Abgeordnetenhaus im Mai ein wegweisendes E-Government-Gesetz beschlossen – mit weitreichenden Änderungen am Senatsentwurf –, die federführend von den netzpolitischen Sprechern der SPD-Fraktion, Sven Kohlmeier, und der CDU-Fraktion, Burkard Dregger, erarbeitet wurden. Beide informieren auch im hauptstadt magazin über das Gesetz.

Auch bei der Verwaltungsakademie Berlin tut sich etwas in Sachen Digitalisierung. Am 4. April ist die elektronische Verwaltungsakademie (eVAk) mit zahlreichen nützlichen Anwendungen im Echtbetrieb angelaufen.

Gewerkschaftspolitischer Höhepunkt im Mai war die dbb Personal- und Betriebsrätekonferenz mit hochkarätigen Referenten und großer politischer Beteiligung. Ziel der Veranstaltung war vor allem, unsere Personalräte mit aktuellen politischen Informationen, mit Erfahrungen aus der praktischen Personalratsarbeit und Informationen zur Rechtsprechung für die im Oktober bevorstehenden Wahlen zu rüsten.

Zum gewerkschaftspolitischen Tiefpunkt geriet demgegenüber der traditionelle Arbeitnehmerempfang des Regierenden Bürgermeisters im Roten Rathaus. Weil – anders als im Vorjahr – nur der DGB zu Worte kommen sollte, blieben alle Vertreter des dbb Landesbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften der Veranstaltung kurzerhand fern.

Last but not least freuen wir uns über ein neues Landesleitungsmitglied. Bei einer Nachwahl hat die Tarifexpertin Synnöve Nüchter alle Stimmen auf sich vereinigen können.

Mit vorsommerlichen Grüßen

Ihr

Frank Becker,  
 Landesvorsitzender dbb berlin



Friedhelm Windmüller (6)



Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen



Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik

## Personalratswahlen 2016 im Land Berlin:

# dbb Personalräte gerüstet

**Aktuelle politische Entwicklungen im öffentlichen Dienst, die Personalratsarbeit im Bereich der inneren Sicherheit und Informationen zur Rechtsprechung der Berliner Gerichte zum Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) waren Themen der Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin am 11. Mai 2016. Auch an praktischen Tipps für die oft mühsame Arbeit in den Personalvertretungen fehlte es nicht. Als weiteres Rüstzeug für die ab 1. Oktober anstehenden Personalratswahlen hatte der dbb berlin außerdem alle Konferenzteilnehmer mit einer aktualisierten Ausgabe des LPersVG und einem Wahlkalendar versehen.**

Zum Auftakt der Veranstaltung betonte Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen den Wandel in der Berliner Personalpolitik: „Das Land Berlin meldet sich als großer Einstellender auf dem Arbeitsmarkt zurück“, so der Senator wörtlich. Um der wachsenden Stadt bei gleichzeitigem Eintritt ganzer Alterskohorten in den Ruhestand gerecht zu werden, stelle Berlin pro Jahr 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst ein und biete bei erfolgreicher Ausbildung auch unbefristete Beschäftigungsperspektiven.

Eine andere Perspektive, nämlich die einer Angleichung der Bezahlung der Berliner Beschäftigten an das Durchschnittsniveau der anderen Bundesländer, mochte Kollatz-Ahnen demgegenüber nur sehr verhalten aufzeigen. Während im Tarifbereich der auch für Berlin maßgebliche Flächentarifvertrag eine vollständige Angleichung bis 2017 vorsieht, stelle sich die Situation im Beamtenbereich komplizierter dar. Bis 2020 werde jede am Tarifergebnis orientierte Erhöhung der Beamtenbesoldung um einen zusätzlichen Anpassungsfaktor von 0,5 des Tarifergebnisses aufgestockt, um den Berliner Besoldungsrückstand abzubauen. Ursprünglich hatte sich der Anpassungsfaktor aus der durchschnittlichen Beamtenbesoldung in den Ländern errechnen sollen, von diesem nur schwer zu ermittelnden Wert wurde aber auf Intervention des dbb berlin abgegangen.

Keine Prognose für die Beamtenbesoldung wollte der Senator wegen des noch unentschiedenen Länderfinanzausgleichs für den Zeitraum nach 2020 abgeben.

In einer kurzen Replik auf die Ausführungen des Finanzsenators forderte dbb Landeschef Frank Becker die Anpassung der Besoldung und Versorgung 2016 in Berlin nicht zum 1. August, sondern zum 1. März. Auch die Angleichung in den Schritten Tarifergebnis plus 0,5 Prozent reiche immer noch nicht aus, um die Abwanderung zu Bundesbehörden und in andere besser bezahlende Bundesländer zu verhindern. Dies sei auch eine Frage der Wertschätzung der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in Berlin.

### „Brennen, um andere entzünden zu können!“

Authentizität, klare politische Überzeugungen und Durchsetzungsvermögen zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Personalratsarbeit. Das hat der Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik den rund 150 Teilnehmern der Konferenz ins Stammbuch geschrieben. „Man muss brennen, um andere anzünden zu können“, stellte Russ klar. Deshalb habe es auch wenig Sinn, Personen ohne Überzeugungskraft zur Kandidatur bei Personalratswahlen zu überreden. Insbesondere bei

der schon aufgrund der desolaten Personal- und Bezahlungssituation schwierigen und oft undankbaren Personalratsarbeit in Berlin seien motivierte und engagierte Kandidaten gefragt. Aus über 40-jähriger praktischer Erfahrung als Gewerkschafter und Personalrat heraus plädierte Russ für Personal- und Betriebsräte, die sich nicht in großen abstrakten Themen ergehen, sondern fern von parteipolitischen Erwägungen die handfesten Probleme vor Ort anpacken. Vor allem dürften Personalvertreter keine Versprechungen machen, die sie später nicht halten könnten.

### Plädoyer für die Lehrerverbeamtung

Als „leidenschaftlicher Anhänger der Lehrerverbeamtung“ bezeichnete sich der Berliner Innensenator Frank Henkel im weiteren Verlauf der Konferenz. Schon die Abwanderung junger Berliner Lehrerinnen und Lehrer ins nahe Brandenburg, das seine Lehrkräfte ausnahmslos verbeamtet, gebiete diese Maßnahme. Der Unterrichtsausfall dürfe nicht weiter zum Berliner Schulalltag gehören.

Henkel betonte, dass im Nachwuchswettbewerb um die besten Köpfe auch in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Wertschätzung und Personalförderung eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wertschätzung gebühre den Angehörigen des öffentlichen Dienstes insbesondere, weil sie „die Stadt am Laufen halten und Berlin als Hauptstadt erst möglich machen“.

Ihre Beschäftigtenvertretungen, die Personalräte, seien Partner der Dienststellen auf Augenhöhe und müssten frühzeitig in Entscheidungen eingebunden werden.

### Sorge um die Sicherheit in Deutschland

Keinen Zweifel ließ der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, an den Gefährdungen, die der inneren Sicherheit in Deutschland durch den „schlanken Staat“ drohen. „Bei der Polizei“, so Wendt, „hat auch vor der Flüchtlingskrise keine Langeweile geherrscht.“ Fußball,

Salafisten, Rechts- und Linksextremisten hätten schon vorher dafür gesorgt, dass die innere Sicherheit stets „auf Kante genäht war“. Zusammen mit politischen Versäumnissen, etwa bei Organisations- und Koordinationsentscheidungen, sei dadurch eine Situation entstanden, in der eigentlich keine zusätzlichen Aufgaben mehr bewältigt werden können.

Zu wenig Personal, zahllose Überstunden, hohe Krankenstände und wenig Motivation sind die Folgen, mit denen jetzt die Personalräte zu kämpfen haben.

Nicht abnehmen können demgegenüber weder Personalräte noch Gewerkschaften der Politik die notwendigen und überfälligen Strukturentscheidungen. Dabei gehe es nicht nur um mehr Personal, sondern auch um einen starken Staat und starke staatliche Strukturen. Überall, wo der Staat die Kontrolle verliert oder Probleme verlagert, sei die organisierte Kriminalität nicht weit, warnte der DPoIG-Chef. Eine „Flüchtlingsindustrie“ sei bereits im Entstehen.

Trotz steigender Aufgaben im öffentlichen Dienst, einer absehbaren großen Pensionierungswelle zwischen 2017 und 2020 und einem sich abzeichnenden harten Kampf um die besten Köpfe beim Nachwuchs, meinte Wendt abschließend: „Es ist trotzdem gut für diesen Staat zu arbeiten, auch wenn seine Repräsentanten uns nicht immer gut behandeln.“

### Datenbank Personalvertretungsrecht

Rechtsanwältin Maria Timmermann, früher selbst im öffentlichen Dienst des Landes Berlin tätig, hat der teils unbekanntem und unübersichtlichen Rechtsprechung zum Landespersonalvertretungsgesetz ein Ende gesetzt und die gesamte Rechtsprechung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Berlin seit 1997 in einer selbst entwickelten Datenbank gesammelt. Vor der Personalrätekonferenz stellte sie relevante Entscheidungen unter anderem zur Stellenbewertung, zu außertariflichen Zulagen, Abordnungen und Versetzungen, zu amtsärztlichen Untersuchungen, Fragebogenaktionen des Personalrats und zu Grundschulungen vor. ■



Innensenator Frank Henkel



Rechtsanwältin Maria Timmermann (rechts) mit dbb Landeschef Frank Becker



Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPoIG

## dbb berlin bleibt Arbeitnehmerempfang fern!

**Der dbb berlin ist auf Beschluss seines Landeshauptvorstands dem traditionellen Arbeitnehmerempfang des Regierenden Bürgermeisters im Roten Rathaus in diesem Jahr ferngeblieben. Grund: Der Grundsatz der Gleichbehandlung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurde grob missachtet.**

Konkret hatte der Veranstalter nur ein Grußwort des Landesvorsitzenden des DGB Berlin-Brandenburg an die Teilnehmer eingeplant, dagegen sollte nicht – wie im Vorjahr – auch der dbb Landesvorsitzende entsprechend berücksichtigt werden.

In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller zeigte sich dbb Landeschef Becker enttäuscht über diesen Rückfall in vergangen geglaubte gewerkschaftspolitische Einseitigkeit.

Anstoß nimmt der dbb berlin auch an der Tatsache, dass schon bei der Vorveranstaltung zum Arbeitnehmerempfang ein deutliches Ungleichgewicht geherrscht hatte. Der dbb berlin einschließlich seiner Fachgewerkschaften war dort nur mit einem Vertreter, nämlich dem Landesvorsitzenden, geladen, während die Konkurrenzgewerkschaft ganz

offensichtlich mehrere Repräsentanten entsenden konnte.

Becker stellte in seinem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister nochmals unmissverständlich klar, dass es im Land Berlin zwei gewerkschaftliche Spitzenorganisationen gibt, die auch nach dem Landesbeamtengesetz an Gesetzentwürfen (oder anderen Vorschriften), die Auswirkungen auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben, beteiligt werden müssen.

Um etwaige Zweifel an der engagierten Interessenvertretung des dbb auch für Arbeitnehmer vorsorglich zu beseitigen, betonte Becker, dass eine sehr große Anzahl an Arbeitnehmern in den 34 Fachgewerkschaften des dbb berlin organisiert ist, für die gemeinsam mit ver.di Tarifverhandlungen (TVÖD und TV-L) geführt werden. ■

## Synnöve Nüchter in die dbb Landesleitung gewählt

**Bei einer Nachwahl am 26. April 2016 wurde Synnöve Nüchter (gkl berlin) einstimmig vom dbb Landeshauptvorstand in die Landesleitung des dbb berlin gewählt.**

„Mit Synnöve Nüchter konnten wir eine kompetente Frau für die Arbeit in der Landesleitung des dbb berlin gewinnen, und ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit“, begrüßte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, das klare Wahlergebnis.

Synnöve Nüchter (45) ist stellvertretende Vorsitzende der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) und nimmt in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Abt. II) die Funktion der Frauenvertreterin wahr. In der dbb Landesleitung will sie sich vorrangig im Bereich des Tarifrechts einbringen.



Synnöve Nüchter

Die Nachwahl war notwendig geworden, nachdem Monika Opitz (VBOB) zum 31. Dezember 2015 aus der Landesleitung ausgeschieden war.

## Grundsatzgespräch mit Innensenator Henkel:

# Becker kritisiert kurze Beteiligungsfristen

Den nachlässigen Umgang der Politik mit den gewerkschaftlichen Beteiligungsrechten hat der dbb Landesvorsitzende Frank Becker in einem Grundsatzgespräch mit Innensenator Frank Henkel am 16. Mai 2016 im Alten Stadthaus kritisiert. Die Fristen für die Stellungnahmen der Gewerkschaften zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen seien oft viel zu kurz. Der Verwaltung warf der dbb Landesvorsitzende vor, immer dann besondere Eilbedürftigkeit zu reklamieren, wenn sie selbst die Vorgänge verzögert habe und deshalb eine beschleunigte Vorlage im Parlament wünsche. Die Leidtragenden seien dann immer die gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

### Kein Gleichklang

In Sachen Anpassung von Besoldung und Versorgung 2016 kritisierte der dbb Landeschef, dass der vorliegende Gesetzentwurf keinen Gleichklang mit den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes herstellt. Dazu wäre eine Anpassung der Besoldung zum 1. März 2016 notwendig. Die geplante Erhöhung zum 1. August 2016 sei deshalb für den dbb berlin inakzeptabel.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs informierte der Innensenator die Delegation des dbb berlin über den Sachstand beamtenpolitischer Vorhaben und Gesetze. So sei davon auszugehen, dass das Anpassungsgesetz so rechtzeitig erlassen wird, dass die Besoldungserhöhung zum 1. August 2016 ausgezahlt werden kann.

Zur amtsangemessenen Alimentation verwies der Innensenator auf eine Vorlage der Innenverwaltung an den Hauptausschuss, wonach die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten notwendigen Kriterien, die zur Annahme einer verfassungswidrigen Bezahlung führen können, in Berlin nicht erfüllt seien. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses habe die Vorlage an den Unterausschuss Produkthaushalt und Personalwirtschaft verwiesen, der sich am 14. Juni 2016 damit befassen wird.

Der Verordnungsentwurf zur Änderung der Landesbeihilfeverordnung, zu dem der dbb berlin bereits Stellung bezogen hat, liegt nach Angaben des Innensensors derzeit bei der Senatsverwaltung für Finanzen zur Mitzeichnung.

### dbb Kritik aufgegriffen

Bei den Ausführungsvorschriften zum behördlichen Rechtsschutz soll eine Forderung des dbb berlin Berücksichtigung finden: Beschäftigte, die behördlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen, sollen



Teilnehmer am Grundsatzgespräch Bodo Pfalzgraf (stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin), Heike Schwarz-Weineck (dbb Vertreterin im HPR), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Innensenator Frank Henkel, Thomas Goiny (koopt. Landesleitungsmitglied dbb berlin) und Detlef Dames (dbb Vertreter im HPR) (von links).

nicht mehr – wie ursprünglich vorgesehen – angeben müssen, ob auch gewerkschaftlicher Rechtsschutz besteht. „Die gewerkschaftliche Mitgliedschaft geht den Dienstherrn nichts an“, unterstrichen die dbb Vertreter in dem Gespräch.

Abschließend informierten die dbb Vertreter den Innensenator über die besonderen Probleme beispielsweise der Polizei, der Beschäftigten der Steuerverwaltung und im Gerichtsvollzieherdienst mit den sogenannten Reichsbürgern. Diese Klientel, die abwegigerweise an den Fortbestand des Deutschen Reiches (wahlweise Kaiserreich oder Drittes Reich) glaubt und die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennt, überschreitet in ihrer Argumentation und ihrem Vorgehen nicht selten die Grenze zum Rechtsextremismus und bedroht immer wieder Beschäftigte des Landes Berlin bzw. setzt sie massiv unter Druck. Henkel sicherte zu, sich diesem Missstand noch einmal intensiv annehmen zu wollen. Insbesondere sollen die Beschäftigten Informationen über den Umgang mit den sogenannten Reichsbürgern erhalten.

Abgeordnete berichten:

## Vorbildliches E-Government-Gesetz für Berlin

Eines der stringentsten und wegweisendsten E-Government-Gesetze Deutschlands hat das Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Mai 2016 für Berlin beschlossen. Zuvor war der Entwurf des Senats von den Koalitionsfraktionen noch weitreichend geändert worden. Nach Expertenmeinung wird das Berliner Gesetz in seiner jetzigen Form auch Vorbild für andere Bundesländer werden. Berlin hat den neuen „Benchmark“ gesetzt.

### Verwaltungs-IKT braucht „starke Führung“!

Einer der Kernpunkte des neuen Gesetzes ist die klare Zentralisierung der fachlichen und finanziellen Verantwortung in der Funktion eines/r neuen IT-Staatssekretärs/IT-Staatssekretärin. Die häufig in IT-Fragen bemängelte „dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung“ wird damit aufgehoben und die derzeit fragmentierte IT-Infrastruktur aller Berliner Behörden zentral gesteuert. D. h. künftig werden alle IKT-Systeme miteinander kompatibel, sicher, wirtschaftlich, medienbruchfrei und barrierefrei sein. Ihre Beschaffung soll verpflichtend ausschließlich beim IT-Dienstleistungszentrum liegen. Die Verwaltung wird verpflichtet, ab 1. Januar 2023 die Elektronische Akte einzuführen.

### Stärkere Mitsprache für Bezirke

Die Mitsprache der Bezirke wird gestärkt. Jeder Bezirk wird im IT-Lenkungsrat vertreten sein, in dem die zentralen Veränderungen in der IKT-Infrastruktur des Landes Berlin beraten werden.



Das in der Vergangenheit viel gescholtene ITDZ wird ausgebaut. In seiner jetzigen Aufstellung hat es keine Zukunft mehr. Es gilt die alte Bauernregel: Wachsen oder weichen! Da eine Auflösung der dort vorhandenen IT-Kompetenz keine Alternative darstellt, muss sich das ITDZ zu einem modernen Verwaltungsdienstleister weiterentwickeln, um den Anschluss der gesamten Berliner Verwaltung an seinen Service bewältigen zu können. Mit seinen neuen Aufgaben wird das ITDZ künftig auch einer intensiven parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Die umfangreichen Änderungen am Senatsentwurf wurden federführend vom netzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Sven Kohlmeier, und dem Sprecher für Netzpolitik der CDU-Fraktion, Burkard Dregger, erarbeitet.

Sven Kohlmeier: „Mit den Änderungen der Koalitionsfraktionen wird der digitale Fortschritt auch in der Berliner Verwaltung einziehen. Die bisher zersplitterte IT-Landschaft soll endlich vereinheitlicht werden, um die digitale Akte bis Ende 2022 einzuführen. Erstmals verpflichten wir die Behörden, einen E-Mail-Zugang mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung anzubieten. Jetzt kommt es darauf an, dass das E-Government-Gesetz auch umgesetzt und gelebt wird.“

Burkard Dregger: „Wir verpflichten den Berliner Senat unumkehrbar auf den Weg der Digitalisierung und Modernisierung der Berliner Verwaltung. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass sich die Berliner Verwaltung zu einem bürger- und unternehmensfreundlichen Dienstleister entwickeln kann, der dem Anspruch Berlins als Hauptstadt der Digitalwirtschaft gerecht werden kann. Besonderes Augenmerk haben wir auf die digitale Selbstverteidigung gegen Malware und Cyberangriffe gelegt.“

### Mitarbeiterinteressen berücksichtigt

Nach der Verabschiedung des Gesetzes beginnt mit seiner Umsetzung die eigentliche Arbeit. Ohne die Mitarbeiter ist eine erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung nicht denkbar, denn Menschen sind wichtiger als Rechner. Das Gesetz sieht daher eine Stärkung

der Mitarbeiterinteressen vor. So werden Qualifikationsmaßnahmen für die Mitarbeiter vorgeschrieben, das Mitspracherecht des Hauptpersonalrats bei der Durchführung von IKT-Maßnahmen gestärkt und die gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung von barrierefreien Arbeitsplätzen, Formularen und Verwaltungsvorgängen für Menschen mit Behinderungen festgeschrieben. Die Mitarbeiter der Verwaltung haben in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit ihrer IT-Ausstattung gesammelt. Auch der weitere Weg in die digitalisierte Verwaltung wird kein leicht-

ter sein, sondern auch Fehlschläge bereithalten. An einer zeitgemäßen, modernen Ausstattung der Berliner Behörden führt jedoch kein Weg vorbei, will die Stadt auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber sein.

Die Regierungskoalition hat im zentralen Feld der Verwaltungsdigitalisierung Handlungsfähigkeit und gemeinsamen Gestaltungswillen bewiesen. Das Berliner E-Government-Gesetz ist ein entscheidender Schritt für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. ■

## Bürgerämter – endlich Licht am Ende des Tunnels?!

**Seit Jahren sind sie ein ständiges Ärgernis: Berlins Bürgerämter. Zwar gehören die langen Wartezeiten auf dem Amt der Vergangenheit an, an ihre Stelle ist aber jetzt ein schier endloses Warten auf einen freien Termin getreten. Allerdings liegt das nicht – wie oft vermutet – an mangelhafter Organisationsstruktur der Bezirke, sondern vielmehr an zu wenig verfügbarem Personal. Das wiederum ist der rot-roten Einsparwut vergangener Jahre geschuldet.**

Hier umzusteuern dauert und ist nur mit zusätzlichem Personal machbar. Nach jahrelanger Kritik der Bezirke hat das endlich auch der Finanzsenator eingesehen und seit Ende 2014 auf Drängen der Bezirke, das von der CDU im Abgeordnetenhaus unterstützt worden ist, nach und nach mehr als 100 neue Stellen für die Bürgerämter bewilligt. Einige davon waren zunächst zeitlich befristet, die Bezirke konnten aber anhand von Kennzahlen dem Finanzsenator dauerhaften Bedarf nachweisen.

### Ständige Überbelastung

Schließlich steigt die Nachfrage seit Jahren: Konnte bis 2012 das Angebot an verfügbaren Terminen noch einigermaßen mit der Nachfrage Schritt halten, so klafft seither die Schere immer weiter auseinander. Weder die mit den ständig steigenden Einwohnerzahlen Berlins wachsenden Anforderungen noch die aktuellen, flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwächse konnten mit dem vorhandenen Personal zeitnah bewältigt werden. Hinzu kam, dass die dauerhafte Überbelastung nicht spurlos an den Beschäftigten vorbeigegangen ist. Die ohnehin in publikumsnahen Bereichen erhöhten Krankheitsausfälle stiegen weiter an – was wiederum den Druck auf die verbliebenen Beschäftigten gesteigert hat: ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt. Mit den neuen Kolleginnen und Kollegen sollte das gelingen – zumal viele von ihnen als ehemalige Auszubildende mit Fachkenntnis und frischem Elan ans Werk gehen.



Dagmar König

### Richtige Personalentscheidung

Wenn also ab Sommer schließlich alle Stellen besetzt und die neuen Kräfte ausgebildet sind, wird es deutliche Verbesserungen im Bürgerservice geben können. Zugrunde liegt eine richtige, aber längst überfällige Entscheidung, damit der notwendige Bürgerservice mit der wachsenden Stadt Schritt halten kann und die Berlinerinnen und Berliner endlich wieder zeitnah einen Termin in „ihrem“ Bürgeramt bekommen.

*Dagmar König,  
Bezirksstadträtin für Bürgerdienste,  
Weiterbildung, Kultur, Hochbau und Immobilien  
in Charlottenburg-Wilmersdorf*

## Astrid Hollmann beim dbb berlin



Astrid Hollmann, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, im Gespräch mit Frank Becker

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann hat sich bei einem Besuch des dbb berlin am 19. Mai 2016 in der Landesgeschäftsstelle über die aktuelle Situation der Beschäftigten des Landes Berlin informiert. „Als stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb liegt mir der öffentliche

Dienst natürlich ganz besonders am Herzen. Als Kandidatin für das Abgeordnetenhaus von Berlin gilt dies in besonderem Maße für den öffentlichen Dienst der Hauptstadt“, kommentierte Astrid Hollmann ihren Informationsbesuch.

dbb Landeschef Frank Becker gab der stellvertretenden Bundesvorsitzenden einen umfassenden Überblick über die gewerkschaftspolitische Lage und die Aktivitäten des dbb berlin unter anderem in Sachen Besoldung und Nachwuchsgewinnung. Als problematisch bezeichnete Becker die oft fehlende Wertschätzung der Politik gegenüber den Beschäftigten des Landes Berlin.

Das Gespräch soll in regelmäßigen Abständen fortgesetzt werden.

### Neues Angebot des Landesverwaltungsamtes:

## Versorgungsauskunft online

**Berliner Beamtinnen und Beamte können ab sofort online ihr voraussichtliches zukünftiges Ruhegehalt ausrechnen. Hierfür steht seit 2. Mai das neue Portal „Versorgungsauskunft online“ des Landesverwaltungsamtes Berlin unter [www.berlin.de/versorgungsauskunft-online](http://www.berlin.de/versorgungsauskunft-online) bereit. Die Berechnung kann auf Wunsch als PDF-Dokument gespeichert und ausgedruckt werden. Rechtsansprüche lassen sich aus der Berechnung allerdings nicht herleiten.**

Auf der Website ist eine ausführliche Bedienungsanleitung für die je nach dienstlichem Werdegang umfangreiche Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten hinterlegt. Denn die Nutzer geben ihre möglichen ruhegehaltfähigen Dienstzeiten anonymisiert selbst ein, um sich am Ende für ein mögliches Pensionsdatum einen voraussichtlichen Pensionsanspruch beziffern zu lassen.

Das Landesverwaltungsamt empfiehlt vor der Eingabe der persönlichen Daten, die Unterlagen bereitzulegen, die für die Berechnung benötigt werden, etwa Nachweise und Bescheinigungen zum geleisteten Wehr- und/oder Zivildienst, Vordienstzeitentscheidungen (ggf. ersatzweise Belege zu Studienzeiten oder anderen anrechenbaren Zeiten), Ernennungsurkunde zum Beamten, Genehmigungsbescheide zu Zeiten einer Beurlaubung/Teilzeitbeschäftigung.

Die Anwendung ist in Abstimmung mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfrei-

heit datenschutzrechtlich unbedenklich. Dritte können die anonym eingegebenen Daten nicht einsehen. Eine Schnittstelle zu anderen Anwendungen besteht nicht. Der Zugriff erfolgt ausschließlich mit dem Geburtsdatum und einer zufällig generierten Identifikationsnummer, um den Nutzern zu ermöglichen, ihre Daten für einen erneuten Aufruf innerhalb von 14 Tagen speichern zu lassen. Danach werden alle Daten gelöscht.

Der dbb berlin fordert seit Langem eine derartige Versorgungsauskunft, mit deren Hilfe sich frühzeitig versorgungsrechtliche Konsequenzen, beispielsweise von Teilzeitbeschäftigung, erkennen lassen. Auch Beamte, die vor der Pensionierung stehen, haben natürlich ein berechtigtes Interesse an ihren zu erwartenden Versorgungsbezügen.

Im Arbeitnehmerbereich werden die rentennahen Jahrgänge regelmäßig von der Gesetzlichen Rentenversicherung über ihre Rentenanwartschaften informiert. ■



A full-page photograph of a firefighter, Valentino Tagliafierro, standing in front of a fire truck. He is wearing a black fire jacket with yellow reflective stripes and a black t-shirt with the text 'Die UNVERZICHTBAREN' on it. The background shows the interior of a fire truck with various equipment and a window looking out onto a bright outdoor scene.

# Die UNVERZICHTBAREN

*Es gibt für mich nichts  
Schöneres, als Menschen zu  
helfen.*

**Valentino Tagliafierro  
Feuerwehrmann**

Nachwuchskampagne für den öffentlichen Dienst:

## Die Unverzichtbaren

„Die Unverzichtbaren“ machen an tausenden Schulen der Sekundarstufe 1 auf Plakaten und Postkarten sowie im Internet Werbung für den größten, vielfältigsten und abwechslungsreichsten Arbeitgeber Deutschlands: den öffentlichen Dienst. Mehr als zehn Millionen Kontakte hat die vom dbb initiierte Nachwuchskampagne für Deutschlands öffentlichen Dienst mittlerweile erreicht – das kann sich sehen lassen! Junge „Unverzichtbare“, Beschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes, zeigen Gesicht für ihren Job und erläutern in Videoclips und Interviews, wie spannend der Dienst bei „Vater Staat“ ist.

Einer von den Kolleginnen und Kollegen, die auf Plakaten und Postkarten Werbung für eine Karriere im öffentlichen Dienst machen und auf das Internetportal hinweisen, ist der links abgebildete Feuerwehrmann Valentino Tagliafierro. Auf dem Portal sind Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen und ein interaktiver Berufsfinder abrufbar. In Videos und Blogs berichten außerdem junge Beschäftigte und Auszubildende über ihre Arbeit und ihre Motive. Auch im sozialen Netzwerk „Facebook“ haben die Unverzichtbaren einen Account.

### Gerade jetzt unverzichtbar!

„Wie unverzichtbar Deutschlands öffentlicher Dienst ist, zeigt sich gerade jetzt, wo seine Beschäftigten unermüdlich, kontinuierlich und sehr effektiv an der Bewältigung der Herausforderungen arbeiten, die es durch den großen Flüchtlingszustrom zu meistern gilt. Die Kollegen der Sicherheitsbehörden arbeiten parallel auf Hochtouren, um den jüngsten terroristi-

schen Bedrohungen entgegenzutreten und die Bürgerinnen und Bürger zu schützen“, betont dbb Chef Klaus Dauderstädt.

Im Hinblick auf die angespannte Personalsituation im öffentlichen Dienst führte der dbb Chef weiter aus: „Wir brauchen mehr ‚Unverzichtbare‘, wir brauchen die besten Köpfe im öffentlichen Dienst, damit Deutschland funktioniert. Deswegen werden wir mit den ‚Unverzichtbaren‘ weiter intensiv Werbung für den Berufsnachwuchs machen.“

Mehr Infos gibt es online unter

[www.die-unverzichtbaren.de](http://www.die-unverzichtbaren.de)

und

[www.facebook.com/die-unverzichtbaren](https://www.facebook.com/die-unverzichtbaren)



Neu ab 17. März 2016:

## Krankenhaus darf Arbeitsunfähigkeit bescheinigen

**Seit 17. März 2016 darf das Krankenhaus beziehungsweise der Krankenhausarzt im Rahmen des Entlassungsmanagements – falls erforderlich – eine Arbeitsunfähigkeit von bis zu sieben Tagen bescheinigen. Das ist das Kernstück einer zu diesem Zeitpunkt in Kraft getretenen neuen Arbeitsunfähigkeits-Richtlinie.**

Bislang war für die Bescheinigung ein zusätzlicher Besuch beim Vertragsarzt erforderlich. Nach der

Neuregelung informiert das Krankenhaus den Vertragsarzt über die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit.

Die ärztlich festgestellte Arbeitsunfähigkeit ist Voraussetzung für den Anspruch auf Entgeltfortzahlung und für den Anspruch auf Krankengeld.

Grundsätzlich nicht bescheinigt werden soll die Arbeitsunfähigkeit für eine vor der ersten ärztlichen Inanspruchnahme liegenden Zeit. Nur in besonderen Ausnahmefällen sind Rückdatierungen möglich. ■

## Weitere Zusammenarbeit erörtert



Am Rande der Vertreterversammlung der BBBank am 30. April 2016 in Koblenz hat der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker (Mitte), die weitere Zusammenarbeit mit dem Vorstandsvorsitzenden der BBBank, Prof. Dr. Wolfgang Müller (links) und dem Direktionsbevollmächtigten für den öf-

fentlichen Dienst, Alexander Konzack (rechts), erörtert. Die Vertreterversammlung hatte den Geschäftsbericht des Vorstandes der BBBank entgegengenommen und den Jahresbericht 2015 sowie die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen.

# Elektronische Verwaltungsakademie im landesweiten Echtbetrieb

**Die Verwaltungsakademie Berlin bietet Teilnehmenden und Fortbildungsbeauftragten der Berliner Behörden seit April auf elektronischem Wege eine ganze Reihe nützlicher Anwendungen: In der elektronischen Verwaltungsakademie – eVAK – Version 1.0 können sich unter anderem Teilnehmende zu Veranstaltungen anmelden, Teilnahmebescheinigungen zu bereits besuchten Seminaren ausdrucken und die Termine ihrer Veranstaltungen überblicken. Daneben besteht die Möglichkeit zur Aktualisierung der eigenen Personendaten.**

Der Echtbetrieb der eVAK ist am 4. April 2016 ange-  
laufen. Seitdem stehen die Anwendungen für die  
Rollen „Teilnehmende“ sowie „Fortbildungsbeauf-  
tragte“ allen Behörden der unmittelbaren und mit-  
telbaren Landesverwaltung zur Verfügung.

Wolfgang Schyrocki, Direktor der Verwaltungsakade-  
mie Berlin, sieht in der eVAK einen weiteren Beitrag  
zur Digitalisierung der Berliner Verwaltung: „Die  
eVAK zeigt eindrucksvoll, wie attraktiv und komfor-  
tabel der Verzicht auf Papier und Umlaufmappen  
sein kann. Die Akademie hat erneut bewiesen, dass  
sie nicht nur Berlins zentraler, sondern auch zeitge-  
mäßiger und zukunftsorientierter Bildungsdienstlei-  
ster ist. Besonders freut mich, dass es gelungen ist,  
die eVAK quasi selbsterklärend zu gestalten. Wer auf  
Amazon oder eBay unterwegs ist, sollte sich ohne  
Weiteres auch in der eVAK zurechtfinden. Es ist nun  
an den Behörden, die klar auf der Hand liegenden  
Vorteile der eVAK zu nutzen und ihren Beschäftigten  
das Tor zu elektronischen Anmeldungen und Nach-  
vollziehbarkeit von Terminen zu öffnen.“

Begonnen hat der Weg in die Digitalisierung mit der  
Onlineprogramm suche, die 2014 das gedruckte Jah-  
resprogramm abgelöst hat. Auf der Homepage der  
Verwaltungsakademie kann seitdem das Program-  
mangebot nach Stichworten und Themenbereichen  
durchsucht, aber auch nach Formaten oder Zielgrup-  
pen gefiltert werden.

## Tagesaktuelle Programme

Die Vorteile sind offensichtlich: Während das auf  
Papier gedruckte, kiloschwere Programm durch Ter-  
minänderungen oder zusätzlich eingerichtete Semina-  
re schnell veraltet, wird online tagesaktuell auf Ände-  
rungen reagiert, sodass zum Beispiel auch unterjährig  
eingerichtete Kurse mühelos gefunden werden.

Wunsch und Ziel der Akademie war es, die Pro-  
grammsuche um Funktionalitäten wie die elektro-  
nische Anmeldung zu den Veranstaltungen zu erwei-  
tern. Grundlegende Ideen dazu wurden bereits in  
den Jahren 2013 und 2014 durch die Programmierer



technisch umgesetzt, sodass bereits Anfang des Jah-  
res 2015 eine zweckgemäße und komfortable Versi-  
on der eVAK zur Verfügung stand. Nach einjährigem  
Probetrieb mit acht Pilotbehörden konnte jetzt die  
Version 1.0 landesweit freigeschaltet werden. Nun  
wartet die eVAK auf rege Nutzung durch die Beschäf-  
tigten der Berliner Verwaltung.

## Enger Kontakt zu Personalvertretungen

Während der Entwicklungsphase stand das Projekt-  
team in engem Kontakt zum Hauptpersonalrat und  
zur Hauptschwerbehindertenvertretung. Auch der  
Berliner Datenschutzbeauftragte war von Anfang  
an in die Ausformung der eVAK involviert.

Für das Projektteam der Akademie ist die Arbeit da-  
mit aber nicht beendet. Die Teammitglieder planen  
bereits zusätzliche Anwendungsmöglichkeiten im  
Bereich der behörden-spezifischen Inhouseveran-  
staltungen. Angedacht sind daneben auch Erweite-  
rungen, die die eVAK zum Beispiel für Ausbildungs-  
leiterinnen und Ausbildungsleiter nutzbar machen. ■

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 13, gültig ab 1. 10. 2015. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Rathaus Charlottenburg. Foto: Matthias Hennig. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## gkl berlin unter bewährter Leitung

Mit großer Mehrheit hat der gkl-Gewerkschaftstag Cornelia Stemmler (Senatsverwaltung für Inneres) in ihrem Amt als Landesvorsitzende bestätigt. Stemmler hatte im Mai 2013 die gkl-Landesleitung von Frank Becker nach dessen Wahl zum Vorsitzenden des dbb berlin übernommen. Erklärtes Ziel der wiedergewählten Vorsitzenden ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Position der gkl berlin in der Berliner Landesverwaltung.

Bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden wurden Synnöve Nüchter (Senatsverwaltung für Inneres und Sport), Andreas Brauer (Charité) und Thomas Swittala (BT-GmbH) wiedergewählt. Neu in die gkl-Landesleitung als stellvertretende Vorsitzende wurden Kerstin Gutwasser-Friebel (LLBB), Andrea Orhan (BA Neukölln) und Dirk Liebe (SenBJW) gewählt.

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, der von 2004 bis 2013 die Geschicke der gkl berlin unter anderem in der Gründungsphase gelenkt hatte, wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. ■



In die gkl-Landesleitung gewählt: Andreas Brauer, Synnöve Nüchter, Andrea Orhan, Cornelia Stemmler, Dirk Liebe, Kerstin Gutwasser-Friebel und Thomas Swittala (von links).